



FORUM

Aktuelles aus der dbb frauenvertretung Hessen

Ausgabe 03/ 2014

"Es ist nicht zu wenig Zeit, die wir haben, sondern es ist zu viel Zeit, die wir nicht nutzen"

Lucius Annaeus Seneca

- **Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen**
- **Fachgespräch zum Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG)**
- **Kindererziehungszeiten für vor dem 1.1.1992 geborene Kinder**

Landeshauptversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen

Die Herbstversammlung der dbb Frauenvertretung Hessen fand am 20. November 2014 in Frankfurt/Main statt. Die Vorsitzende **Sonja Waldschmidt** konnte dazu zahlreiche Frauenvertreterinnen aus den Verbänden und Fachgewerkschaften begrüßen.

Die Tagesordnung umfasste Informationen zu aktuellen Themen wie die Überprüfung der herabgesetzten Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld, den Gesetzentwurf zum Elterngeld plus sowie den Gesetzentwurf zum Bundesgleichstellungsgesetz. In Bezug auf das Bundesgleichstellungsgesetz stellte die Vorsitzende fest, dass im Hinblick auf Frauen in Führungspositionen auch in Hessen weiterhin Handlungsbedarf bestehe. Wie sich aus der Beantwortung einer Landtagsanfrage (DS 19/565 vom 15.09.2014) ergäbe, habe sich der Anteil von Frauen in Führungspositionen zwischen 2011 und 2014 nicht signifikant verbessert. Der Anteil der Abteilungsleiterinnen in den obersten hessischen Landesbehörden läge ausweislich dieser Anfrage zwischen 0% und 37,5%, der Frauenanteil in den Vorständen der Unternehmen mit unmittelbarer Landesbeteiligung bei 8,3%. „Hier bleibt noch viel zu tun“ so die Vorsitzende.

Auf der Tagesordnung standen weiterhin Berichte aus der Arbeit im Landesfrauenrat und der Vorstandsarbeit sowie Verabschiedungen aus der Hauptversammlung. Die Vorsitzende informierte über die Hauptversammlungen der dbb bundesfrauenvertretung und wies auf den dbb bundesfrauenkongress 2015 hin, der vom 8. bis 9. Mai 2015 in Potsdam stattfinden wird.

Die Landesvorsitzende des dbb Hessen und Ehrenvorsitzende der dbb Frauenvertretung Hessen, **Ute Wiegand-Fleischhacker**, informierte über Aktuelles aus dem Beamten – und Tarifbereich Hessen, u.a. die lang ersehnte und endlich in Kraft getretenen Entgeltordnung für Hessen sowie die anstehende Einkommensrunde 2015. Die Haushaltsverhandlungen mit den geplanten Einschnitten bei Beamtenbesoldung und Beihilfe sowie dem massiven Stellenabbau waren ein weiteres Thema. Die dbb Landesvorsitzende machte deutlich, dass diese Sonderopfer nicht hingenommen und alle Möglichkeiten zur Verhinderung ausgeschöpft werden.



Sonja Waldschmidt, Ute Wiegand-Fleischhacker

Umfassend berichtete sie über weitere relevante Themen des dbb Hessen, z.B. die EuGH Rechtsprechung zur altersdiskriminierenden Besoldung und die bei der Überleitung im Rahmen der Dienstrechtsreform bei bestimmten Fallkonstellationen aufgetretenen Einbußen beim Lebenserwerbseinkommen. Hier habe der Innenminister eine nochmalige Prüfung zugesagt, teilte die Landesvorsitzende mit.

Mit Spannung erwartet wurde der Vortrag von Andrea Handke, Beraterin bei der Deutschen Rentenversicherung Hessen. Sie informierte kompetent und kurzweilig über das Thema „Frauen und Rente“. Die Auswirkungen von Kindererziehungszeiten, Teilzeitarbeit, Minijobs und Pflege von Angehörigen wurden ebenso beleuchtet wie die Themen Versorgungsausgleich, Erwerbsminderung und Hinterbliebenenrente. Diese Themen waren für alle anwesenden Kolleginnen hochinteressant, wie die lebhafteste Diskussion zeigte. Die Teilnehmerinnen konnten eine Fülle von Informationen mit nach Hause nehmen.

Deutlich wurde auch, dass Frauen sensibilisiert werden müssen, sich um ihre Altersversorgung zu kümmern. Familienpolitische „Auszeiten“ bei der Erwerbstätigkeit führen noch immer zu deutlichen Einbußen bei der Versorgung.



Die Landeshauptversammlungsmitglieder und Gäste



Hintere Reihe: Rita Kargl, DVG; Ulrike Böhm-Werthmüller, dbb Osthessen; Ursula Lauer, dbb Mittelhessen; Christiane Wolle, dbb Südhessen; Karin Meister, HRH; Carola Lerbs, BSBD
Mittlere Reihe: Gracia Belardinelli, GdS; Ingrid Krämer, DBSH; Ingeborg Striebl-Combüchen, DPVKOM; Katharina Bonnet-Biedler, RPfV-Verband; Andrea Fuchs, DSTG; Vorstand; Dilek Sayar, DPOLG-Hessen; Herta Faulstich, VRRF; Waltraud Hachenburger, DSTG
Mittlere Reihe: Karin Hellwig-Dittler, dbb Nordhessen; Christa Petry, vbba; Roswitha Geis, BTB; Sylvia Maul, komba, Vorstand; Birgit Lachmann, GdV; Janina Schuldt, GdV; Irene Steeg, komba
Vordere Reihe: Edith Krippner-Grimme, HPhV; Zofia Szafarczyk, dbb Mittelhessen; Petra Reiß, DJG, stv.Vorsitzende; Sonja Waldschmidt, Vorsitzende; Andrea Handke, deutsche Rentenversicherung; Christine Köhler, dbb Osthessen, stv.Vorsitzende

Kindererziehungszeiten für vor dem 1.1.1992 geborene Kinder

Mit dem am 1. 7.2014 in Kraft getretenen Gesetz zur Leistungsverbesserung in der Rentenversicherung wurde die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor dem 1.1.1992 geborene Kinder verbessert. Die dbb Frauenvertretung Hessen begrüßt diese Entwicklung, werden doch damit Erziehungsleistungen für die Altersvorsorge endlich besser bewertet und einbezogen. Sie sieht jedoch mit großer Sorge, dass bisher keine Absicht festzustellen ist, diese Verbesserungen auf die Beamtinnen und Beamten in Hessen zu übertragen. Während in der Rentenversicherung jetzt 2 Jahre Erziehungszeit als Beitragszeit berücksichtigt werden, verbleibt es im Beamtenrecht bei der Anrechnung von 6 Monaten Kindererziehungszeiten.

Diese Ungleichbehandlung ist aus Sicht der dbb frauenvertretung Hessen nicht zu begründen. Insbesondere der Aspekt, dass Renten- und Pensionssystem strukturell unterschiedlich angelegt sind, kann hier nicht greifen, da ungeachtet dessen bisher auch Verschlechterungen aus dem Rentenrecht - wie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit - auf den Beamtenbereich übertragen wurden. Dies muss dann aber auch für die Verbesserungen gelten! Vor allem darf nicht sein, dass die Anerkennung von Familienarbeit vom Status abhängig ist.

Die jetzige Rechtslage stellt aus Sicht der Landesfrauenvertretung Hessen eine deutliche Ungleichbehandlung zu Lasten der Beamtinnen und Beamten dar, die den Grundsätzen zur weiteren Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie entgegensteht und die es aufzuheben gilt.

Wir haben daher die frauenpolitischen Sprecherinnen und Sprecher aller im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen angeschrieben und gebeten, die Forderung nach Übertragung der rentenrechtlichen Verbesserungen bei der Anerkennung von Erziehungsleistungen auf die hessischen Beamtinnen und Beamten zu unterstützen.

Fachgespräch zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz (HGIG)

Am 9. Oktober 2014 nahm die Vorsitzende der dbb Frauenvertretung Hessen, **Sonja Waldschmidt** an einem internen Fachgespräch zum HGIG teil. Die frauenpolitischen Sprecherinnen der Regierungsfaktionen, **Claudia Ravensburg** (CDU) und **Sigrid Erfurth** (Bündnis 90/Die Grünen) hatten Vertreterinnen und Vertreter verschiedener Verbände und Organisationen zu einem Meinungsaustausch in den Hessischen Landtag eingeladen. Das HGIG steht, wie bekannt, seit einiger Zeit zur Novellierung an und wurde in seiner jetzigen Form mehrmals verlängert, zuletzt bis zum 31.12.2015. Bei dem Gespräch bestand Konsens dahingehend, dass eine weitere Verlängerung allein nicht zweckdienlich ist und deshalb angestrebt werden soll, in 2015 rechtzeitig einen entsprechenden Gesetzentwurf zur Novellierung vorzulegen.

*Frohe Festtage ein glückliches, erfolgreiches und gesundes neues Jahr wünscht der Vorstand der
dbb Frauenvertretung Hessen*

Impressum

dbb Frauenvertretung Hessen

Internet: www.dbb-frauen-hessen.de

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Sonja Waldschmidt

E-Mail: Vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de